

# Die allgemeine Dienstpflicht – gesellschaftliche Notwendigkeit oder idealisiertes Konzept?

## Kontroverse um Rechte, Pflichten und Bedarfe in unserer Gesellschaft

Jessica Nies und Stephan Klaus

Die Diskussion um eine allgemeine Dienstpflicht flackert immer wieder in der politischen Debatte Deutschlands auf. Es ist eine gesellschaftlich interessante Debatte, weil sie das Verhältnis vor allem junger Menschen zum Staat beschreibt. Eine politische Mehrheit für deren Einführung ist nicht erkennbar. Die Junge GSP hat sich diesem Thema angenommen.

In einer Diskussion im Webformat führte der Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Johannes Varwick, aus, dass die Vorstellungen darüber, wie die „allgemeine Dienstpflicht“ konkret ausgestaltet werden kann, bei den unterschiedlichen Debatte-Teilnehmern sehr unterschiedlich sind. Sie haben aber alle eine Gemeinsamkeit: Der Dienst ist nicht freiwillig. Bei einer Dienstpflicht könnten heute ca. 700.000 junge Menschen pro Jahr in die Verantwortung genommen werden, ihren Teil zum Gemeinwohl beizutragen. Die Zahl der freiwillig Wehrdienstleistenden betrage aktuell ca. 9.000, wobei die Zielgröße der Bundeswehrplanner bei 12.000 liege. Insgesamt gäbe es in Deutschland heute rund 100.000 Freiwilligendienstleistende. Dementsprechend ist ein riesiges Potential ungenutzt. Varwick sah es dabei aber als notwendig an, nicht nur über Freiwilligkeit und Menschenrechte

zu diskutieren, sondern auch über Menschenpflichten. Neben dem Gut der Freiheit junger Menschen gehöre auch das Gut der gemeinwohlorientierten Organisationen.

der Frage nach den konkreten Bedarfen von Bundeswehr und anderen Einsatzorganisationen den Ausgangspunkt der Debatte. Die Frage, wie die Personalstärke der Bundeswehr angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen dauerhaft gesichert werden könne, sei zentral. Dafür schlug er vor, über ein regionales Modell „Heimatschutz“ nachzudenken, bei dem Dienstleistende nicht dazu verpflichtet sind, in den Auslandseinsatz zu gehen. Er regte zudem an, vorurteilsfrei auf die Lösungen anderer Staaten wie z.B. Norwegen oder die Schweiz zu schauen, ohne deren Modelle



Für letztere gilt dabei, dass es in der Fläche Deutschlands Gebiete gibt, in denen kaum noch junge Menschen leben. Er hält es für fragwürdig, ob der Bedarf dort durch reine Freiwilligkeit gedeckt werden kann. Auch in anderen staatlichen Bereichen existiere Zwang. So müsse man über gemeinwohlorientierte Pflichten reden. Varwick sah in

1:1 für Deutschland zu übernehmen. Die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Gerda Hasselfeldt, sah den Bedarf in den sozialen Organisationen nicht im Freiwilligenbereich, sondern im Bereich der Fachkräfte. Diese seien schon heute Mangelware und im Alltag überlastet. Die demografische Entwicklung werde diese Situation weiter

Fotos: GSP



Teilnehmer oben: Jessica Nies, Stephan Klaus, Ria Schröder, unten: Gerda Hasselfeldt, Johannes Varwick, Patrick Sensburg (v.l.)

verschärfen, von Krisenszenarien ganz zu schweigen. Freiwilligendienstleistende können Fachkräfte nicht ersetzen, aber entlasten. Hier liege ihr Mehrwert. Zugleich könne durch Freiwilligendienste die Bereitschaft, sich später in einem sozialen Berufen ausbilden zu lassen, gesteigert werden. Davon, dass am Ende wirklich eine Dienstpflicht der richtige Weg ist, um die Potenziale junger Menschen besser als in einem Freiwilligendienst zu nutzen, ist sie nicht gänzlich überzeugt. Aus ihrer Sicht sind die rechtlichen Hürden so hoch, dass über die Einführung noch jahrelang diskutiert wird, bevor das Bundesverfassungsgericht oder eine internationale Instanz darüber entscheidet. Wesentlich sei es jetzt, die Attraktivität der Freiwilligendienste zu steigern. Freiwilligendienste müssten mit mehr als einem Taschengeld von derzeit 150,00 Euro vergütet werden. Wer freiwillig Dienst leistet, solle darüber hinaus auch eine Anerkennung für Bewerbungen in allen Bereichen erhalten und z.B. einen zusätzlichen Rentenpunkt am Ende des Arbeitslebens. Wenn der Aspekt der Attraktivitätssteigerung umgesetzt und dann stark beworben werde, würden viele Vorteile, die für eine Dienstpflicht sprechen, auch in die Freiwilligendienste integriert werden können.

Der Vorsitzenden der Jungen Liberalen, der Jugendorganisation der FDP, Ria Schröder fehlte in der Debatte der Respekt vor der eigenen Lebensgestaltung junger Erwachsener. Diese seien nach ihrer Schulbildung froh, eigene Entscheidungen treffen zu können. Oftmals wird die Forderung der älteren Generation aufgeworfen, junge Menschen sollen sich doch auch für die Gesellschaft engagieren - dies verfehle aber die Realität. Viele junge Menschen engagierten sich schon während ihrer Schulzeit in Vereinen oder seien auch politisch aktiv. Ein Pflichtdienst würde eher dazu führen, dass sie eine ablehnende Haltung gegen-

über gesellschaftlichem Engagement entwickeln. Außerdem sei eine Dienstpflicht ein absolut ungeeignetes Mittel, um den Personalmangel insbesondere in Pflegeberufen zu begegnen. Zum einen würde die Bereitschaft der jungen Menschen aufgrund sehr schlechter Rahmenbedingungen in der Pflege sinken, diesen Beruf auszuüben. Gleichzeitig entstünde auf der Seite der Träger Mehrarbeit durch Einarbeitung und Ressourcenschaffung, die den Personalmangel eher verschärfen würde. Stattdessen müsse das bestehende Angebot der Freiwilligendienste attraktiver gestaltet werden, insbesondere die finanzielle Vergütung. Das derzeitige Programm ist ein Modell, das sich nur Eliten leisten können. Schröder hielt außerdem die allgemeine Dienstpflicht nach der Europäischen Menschenrechtskonvention für rechtlich nicht zulässig. Die Konvention verbiete jede Zwangsarbeit. Bürgerpflichten müsse ein Staat danach ganz besonders rechtfertigen. Sie sind nur in Ausnahmefällen zu fordern. Eine allgemeine Dienstpflicht stehe somit konträr zu ihrem eigenen Staatsverständnis. Der Präsident des Reservistenverbandes, Patrick Sensburg MdB, hielt die Dienstpflicht für ein erstrebenswertes Ziel. Diskutiert werden muss der Weg dorthin, der seiner Meinung nach über Freiwilligendienste führe. Wenn die Attraktivität der Freiwilligendienste gegeben sei, würde auch die gesellschaftliche Akzeptanz für eine Dienstpflicht entstehen. Er widersprach der Annahme, dass das Grundgesetz und die Europäischen Menschenrechtskonventionen eine Einführung der Dienstpflicht ausschließen. Vielmehr sei es eine Frage der Argumentation. Grundrechte seien beschränkbar, wenn der Eingriff verhältnismäßig sei. Je intensiver der Eingriff, desto intensiver muss die Rechtfertigung ausfallen. Diese leite sich hier aus der sicherheitspolitischen Notwendigkeit ab. Auch andere

EU-Staaten hätten einen gut begründeten Wehrdienst. Es müsse eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie Bundeswehr, Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz und andere so ausgestattet werden können, dass sie die bestehenden Anforderungen erfüllen könnten und darüber hinaus eine strategische Reserve in Krisenzeiten zur Verfügung hätten. Derzeit sind solche Reserven außerhalb der Bundeswehr nicht vorhanden. Die Bundeswehr selbst werde in Zukunft auch stärker auf Reservisten angewiesen sein. Eine zentrale Aufgabe der Bundeswehr sei es daher, den Freiwilligenwehrdienst attraktiver zu gestalten. Er stellte aber auch fest: Die Dienste müssen in die Breite der Gesellschaft gehen. Bestimmte gesellschaftliche Gruppen, zumeist die besonders ressourcenreichen und -armen Teile der Bevölkerung, werden aus verschiedenen Gründen bei Freiwilligkeit nicht erreicht. Diese Teile gelte es ebenfalls anzusprechen. Er verweist darauf, dass ein Pflichtdienst damit eine ähnlich integrative Wirkung wie der ausgesetzte Wehrdienst hätte, indem er Milieus aufbricht und z.B. die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund unterstützt.

*Die „Junge GSP“ führte Anfang Juni ihre erste Veranstaltung im Webformat durch. Die Jugendorganisation der Gesellschaft für Sicherheitspolitik hat es sich zur Aufgabe gemacht, junge Menschen für sicherheitspolitische Themen zu begeistern. Mit dieser Veranstaltung wurde die allgemeine Dienstpflicht thematisiert. Teilnehmer waren Johannes Varwick, Präsident der GSP, Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Patrick Sensburg MdB, Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und Ria Schröder, Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen.*



## Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: [geschaeftsstelle@gsp-sipo.de](mailto:geschaeftsstelle@gsp-sipo.de)  
Internet: [www.gsp-sipo.de](http://www.gsp-sipo.de), Facebook: [www.facebook.com/GSPSipo](http://www.facebook.com/GSPSipo); Twitter: @GSPSipo

### Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischer Verständnisses in der Bevölkerung.

### Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

### Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

### Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

**Präsident:** Prof. Dr. Johannes Varwick

**Geschäftsführer:** Reiner Wehnes

**Vereinsregister-Nr.:** 5684, Amtsgericht Bonn

### Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 3 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

**Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)**

**Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04761/70121)**

**Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)**

**Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 0172/2362627)**

**Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)**

**Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)**

**Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)**

**Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)**

**Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)**

**Selbstständige Sektion Brüssel: [bruessel@gsp-sipo.de](mailto:bruessel@gsp-sipo.de)**